

Thorsten Schäfer-Gümbel

Die Gute Gesellschaft

Ein Sammelband skizziert soziale und demokratische Politik im 21. Jahrhundert

Thorsten Schäfer-Gümbel

(* 1969) ist Vorsitzender der SPD Hessen und der hessischen SPD-Landtagsfraktion.



t.schaefer-guemel@ltg.hessen.de

Ein großes »G« lässt aufmerken: *Die Gute Gesellschaft* heißt der von Christian Kellermann und Henning Meyer herausgegebene Sammelband mit einer Fülle von Denkanstößen unterschiedlicher Autorinnen und Autoren für eine sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert. Das große »G« am Anfang des Attributs »Gute« steht für den selbstbewussten Anspruch, sich nicht im Kleinklein des Alltags zu verlieren, sondern es zielt auf die sozialdemokratische Vision und den Anspruch der Guten Gesellschaft. Das Buch knüpft damit an den Aufsatz »Die gute Gesellschaft. Das Projekt der Demokratischen Linken« von Andrea Nahles und Jon Cruddas von 2009 an, der eine breite Debatte mit zahlreichen Beiträgen ausgelöst hatte.

»Die Forderung nach einer guten Gesellschaft ist ehrgeiziger als die nach der besseren«, formuliert Erhard Eppler im Vorwort des jetzt bei *Suhrkamp* erschienenen Buches. Die Herausgeber wollen der Sozialdemokratie einen Kompass an die Hand geben, der den Weg aus einer Gesellschaft weist, die zunehmend von Ungleichheit und Spaltung geprägt ist. Ihr Anspruch ist, im Jahr des 150-jährigen Bestehens der SPD die relevanten Fragen der Zeit aufzuwerfen und den Wandel zu denken.

In der Kürze dieser Buchbesprechung allen Aufsätzen auch nur ansatzweise ge-

recht zu werden, ist nicht möglich. Jeder für sich wäre eine Betrachtung wert.

Im ersten Teil von *Die Gute Gesellschaft* rufen unter anderem Andrea Nahles, Julian Nida-Rümelin und Gesine Schwan mit unterschiedlichen Schwerpunkten den Zusammenhang von Geschichte und Werten der Sozialdemokratie auf. Andrea Nahles fordert – gerade vor dem Hintergrund der Bankenkrise mit allen ihren dramatischen Folgen – das Primat der Politik ein. »In einer Guten Gesellschaft werden die Maßstäbe des Marktes demokratisch bestimmt – und nicht umgekehrt«. Und Julian Nida-Rümelin liefert mit seinem Plädoyer für einen klaren sozialdemokratischen Wertekanon die Orientierung dafür, welche Maßstäbe an die politische Praxis angelegt werden müssen.

Bildung als »Motor« von Gerechtigkeit

Gerade die Abhandlung von Gesine Schwan zu den »Dimensionen zukünftiger Gerechtigkeit« mit ihrem Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik hat mich sehr eingenommen. Für sie ist Bildung der Schlüssel zur Gerechtigkeit und sie legt dar, dass »Wettbewerbsmanie« eben nicht zur Chancengleichheit für alle führt, sondern auf mehr oder weniger subtile Art und Weise vielfältige Privilegien zementiert. Denn es werden diejenigen begünstigt, die von vornherein bessere Startchancen haben. Dieses gilt, wie alle internationalen Studien bescheinigen, für das deutsche Bildungssystem ganz besonders. Darin, die »Vielfalt der Talente bis zu deren Spitzenleistung zu entwickeln«, sieht Gesine Schwan völlig zu Recht den Ansatz,

um »Bildung zum zukunftssträchtigen Motor der Gerechtigkeit« zu machen.

Hans-Jürgen Misselwitz begräbt mit seinem Beitrag die Hoffnung, dass allein die globale Finanz- und Wirtschaftskrise die Hegemonie des marktradikalen Neoliberalismus beendet hätte. Er fordert von den demokratischen Regierungen eine Rückbesinnung darauf, dass die Wirtschaft im Interesse der Menschen und des Gemeinwohls operieren muss.

Im zweiten Teil des Buches unter der Überschrift »Politik und Ökonomie« widmet sich zunächst Elisabeth Wehling dem Sprachgebrauch der Politik und gibt allenthalben Anlass für kritische Selbstreflexion eines praktizierenden Politikers. Ihr Beitrag passt hervorragend in die aktuelle Debatte über die so genannten »offshore-leaks«, also zum plan- und geschäftsmäßigen Steuerbetrug durch Schwarzgeldtransfers in bestimmte Länder. Wehling merkt kritisch an, dass Begriffe wie »Steuerflucht« oder »Steueroase« gedankliche Deutungsmuster bedienen, in denen Steuern etwas Schädliches und Bedrohendes beiwohnt und die Flucht davor legitim erscheint. Leider liefert die Autorin noch keine konkreten Beispiele dafür, wie die von ihr geforderte authentische, wertbezogene Sprache formuliert sein müsste – außer indirekt, indem sie von »Erderhitzung« spricht, wo andere noch die eher wohlige Gefühle assoziierende Vokabel »Erderwärmung« benutzen.

Die seit einigen Jahren geführten Debatten über die Frage, ob – verkürzt gesagt – das Bruttoinlandsprodukt der richtige Maßstab für den Erfolg einer Gesellschaft ist, führt Christian Kroll mit »Das Prinzip des größtmöglichen Glücks« weiter und greift damit einen Begriff von Jeremy Bentham aus dem 18. Jahrhundert auf. Ein anregender Debattenbeitrag, auch wenn der Schluss gewagt erscheint, dass »diejenige Partei, die für die Verbesserung der Lebensqualität der meisten Menschen steht, im demokratischen Prozess an die Macht gelangen wird«. Denn selbst wenn es ge-

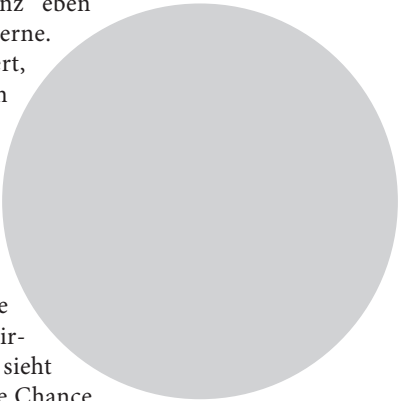
lingen würde, das geforderte »aussagekräftige, präzise und umfassende System von Lebensqualitätsindikatoren« zu etablieren, gäbe es darüber Streit und den Versuch der Parteien, die Deutungshoheit zu gewinnen.

Der britische Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch variiert in seinem Beitrag seine bekannte Grundthese zur »Postdemokratie«, in der Eliten und Wirtschaftsverbände die Politik bestimmen und dies im Grunde hinter der Fassade politischer Inszenierung von Parteien verborgen bleibt. Er sieht ein Dreieck der Kräfte bestehend aus Staat, Markt und großen Unternehmen und problematisiert die Dominanz eben

dieser Konzerne.

Er konstatiert, dass Parteien anders als diese Unternehmen nur selten in der Lage sind, über die nationale Ebene hinaus zu wirken. Aber er sieht durchaus eine Chance für »Kampagnengruppen« oder »zivilgesellschaftliche Organisationen« nationale Grenzen wirksam zu überwinden.

Von der bleibenden Aufgabe, den »Kapitalismus gezielt zu zähmen und zu optimieren« sprechen Sebastian Dullien und Christian Kellermann in ihrem Beitrag vom »Wert der Wirtschaft«. Darin skizzieren sie die Rahmenbedingungen, die der Staat setzen muss, um nachhaltigen Wohlstand zu steigern. Besondere Bedeutung messen sie verständlicherweise der Regulierung des Finanzmarkts bei. Dieser gleiche »einem manisch-depressiven Patienten, dem man die Verantwortung für die Steuerung der Wirtschaft und damit für einen wichtigen Teil unserer Gesellschaft übertragen« habe.



Primat der Politik auch für Europa

Im dritten Hauptteil des Buches kehrt Jenny Andersson zurück zu den Wurzeln der Debatte über die »Gute Gesellschaft«, zu denen die Abgrenzung zur Politik von »New Labour« und vergleichbaren Strömungen gehört. Sie diagnostiziert eine sozialdemokratische »Krise« oder »Misere« und führt sie auf die Suche nach der »magischen Mitte« zurück, wobei im Kern neoliberale Vorstellungen akzeptiert worden seien. Im Grunde plädiert Andersson in ihrem Beitrag, der viel Potenzial für kritische Erörterungen bietet, sich wieder Debatten über die Grenzen des Kapitalismus zuzuwenden.

Thomas Meyer wirft die Frage auf, »schlägt das Pendel zurück«? Nachdem es zu Beginn dieses Jahrhunderts weithin als ausgemachte Sache gegolten habe, dass die Marktglobalisierung der Hoffnung auf eine soziale Demokratie den Garaus gemacht habe, scheine sich im Zuge der Finanzmarktkrise das Blatt gewendet zu haben. Der Autor beschreibt das Spektrum sozialdemokratischer Handlungsfelder, was ihn zu folgender Perspektive führt. »Die Sozialdemokratie muss nun auf dieser Grundlage wieder glaubhaft machen, dass sie das politische Bündnis zwischen der solidarischen Mitte und den sozial zunehmend Abgehängten nicht nur will, sondern zu organisieren vermag. Aus den Erfolgen der Brandt-SPD lässt sich dafür lernen.« Vertieft werden diese Überlegungen im Beitrag »Das Soziale und das Demokratische: Baustellen einer Sozialdemokratie für das 21. Jahrhundert« von Ernst Hillebrand.

Wertvolle Anstöße gibt der Sammelband für einen Aspekt, der mir sehr am Herzen liegt, nämlich das Denken über nationalstaatliche Grenzen hinaus. Björn Hacker und Gero Maaß fordern das Primat der Politik auch für Europa ein. Sie entwickeln aus der Diagnose, dass in der Krise alle Konstruktionsmängel der EU kulminieren die Skizze einer sozialdemokratischen Integrationsperspektive, nämlich einen europäischen Bundesstaat, eine europäische Sozialunion mit einem koordinierten sozialpolitischen Rahmen. Die Autoren sprechen zwar von »Europas

Sozialdemokratie«, thematisieren aber nicht hinreichend, wer oder was das ist. Hier besteht Anlass zur vertieften Debatte.

Einen ersten, aus meiner Sicht unabdingbar notwendigen Blick auf die globale Rolle der Sozialdemokratie ge-

ben David Held und Henning Meyer. Ja, eine globale Perspektive der Sozialdemokratie klingt fern und utopisch. Aber bei allen Problemen im eigenen Land und in Europa: Die Ausbeutung ist ein globales Phänomen. Solange wir uns dieser Frage als Sozialdemokratie nicht stellen, können wir dem Teil des Systems nicht Paroli bieten, das die schlimmsten Arbeitsbedingungen, die größte Ausbeutung der Menschen, die größte Einschränkung von Freiheit in Kauf nimmt, um Konsum möglichst billig zu ermöglichen. Diese Erweiterung des Blicks auf den internationalen Kampf um unsere Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wünsche ich mir im Fortgang der Debatte.

Christian Kellermann/Henning Meyer (Hg.): Die Gute Gesellschaft. Soziale und demokratische Politik im 21. Jahrhundert. Suhrkamp, Berlin 2013, 318 S., 15,00 €. ■